

Kontrollleure fordern Verstärkung

Lebensmittelüberwachung in den Landkreisen fehlt es an Personal für zusätzliche Kontrollen

Der Vorschlag von Minister Josef Hecken, die Lebensmittelüberwachung dem Land zu unterstellen, findet bei den betroffenen Prüfern keine Zustimmung. Sie klagen über Personalmangel.

VON SZ-MITARBEITER
DIETER GLÄSENER

Saarbrücken. Herrscht zwischen den saarländischen Lebensmittelkontrolleuren und den von ihnen kontrollierten Unternehmen eine zu große Nähe? Jüngste Äußerungen von Gesundheitsminister Josef Hecken legen diesen Schluss nahe. Er hatte jedenfalls im Zusammenhang mit dem Fleischskandal vorgeschlagen, die bisher den Landkreisen zugeordneten Kontrolleure wieder direkt seinem Ministerium zu unterstellen. Prompt ertotete er Widerspruch vom Vorsitzenden des Landkreistages, dem Saarbrücker Stadtverbandspräsidenten Michael Burkert. Er betonte, die derzeitige Regelung habe sich bewährt. Die Ämter für Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen in den Landkreisen hätten auf Grund ihrer „Kenntnis der lokalen Situation einen großen Vorteil bei der Kontrolle“. Gerade deshalb habe der Gesetzgeber diese Aufgabe den Landkreisen einst auch übertragen.

Bis 1997 war die Lebensmittelkontrolle in der Hoheit des Landes. Dann wurde sie auf die Kommunen übertragen, erläutert Harry Sauer, Vorsitzender des Landesverbandes der Lebensmittelkontrolleure. Diese Neuregelung habe sich im Grunde auch bewährt. Genauso wie Burkert betont Sauer, dass seine Kollegen die Situation vor Ort genau kennen. Außerdem sei das, was der Gesundheitsminister jetzt vorgeschlagen habe, schon lange Realität: Die Prüfer würden zumindest auf Landkreisebene regelmäßig neuen Betrieben zugeteilt. Was Sauer kritisch hinterfragt, ist die Gesamtzahl der Prüfer im Land: Es seien insgesamt 34, die sich um zirka 13 000 Betriebe kümmern müssten.

Durch die benötigte intensive



In Abständen von einem halben bis zu zwei Jahren tauchen Lebensmittelkontrolleure der Kreise bei Betrieben auf. Oder aber die Prüfer haben, wie auf unserem Foto in Tettngang am Bodensee, einen konkreten Verdacht. Foto: dpa

Fortbildung, Urlaubszeiten oder Fehlzeiten durch Krankheit seien aber real nur „60 bis 70 Prozent“ der Prüfer jeweils im Einsatz. Die Betriebe würden im unterschiedlichen Rhythmus kontrolliert, von einem halben Jahr bis zu zwei Jahren Abstand. „Durch eine Erhöhung der Zahl der Prüfer könnte man die Kontrolldichte erhöhen“, betont Sauer. Eine optimale Personalausstattung forderte auch die Tierärztekammer, die wie Burkert und Sauer die „kleinen schlagkräftigen Einheiten“ der

Lebensmittel- und Fleischhygieneüberwachung im Saarland lobt.

Jürgen Zimmer, Geschäftsführer der Verbraucherzentrale des Saarlandes, fände es aber dennoch überlegenswert, die Lebensmittelüberwachung wieder dem Gesundheitsministerium zu unterstellen, um „Verantwortung und Kompetenz“ zusammenzuführen. Noch wichtiger sei allerdings die Etablierung eines Informationssystems „von den Landkreisen über die Länder bis zum Bund und auf die Ebene der Eu-

ropäischen Union“. Außerdem, so Silke Schröder, die sich mit diesem Thema bei der Verbrauchzentrale beschäftigt, sei die Etablierung einer neutralen Meldestelle zu überlegen, an die sich Mitarbeiter von unsauber arbeitenden Firmen vertraulich wenden könnten. Das würde auch Harry Sauer begrüßen. Die Verbraucherzentrale könne zum Beispiel solch eine Anlaufstelle sein.

Doch wie sieht es nun mit Josef Heckens Vorschlag aus, die Kontrolleure wieder dem Land zu unterstel-

◆ MEINUNG

Hecken muss Beweise liefern

VON SZ-REDAKTEUR
DIETMAR KLOSTERMANN

Minister Hecken hat Recht, wenn er getreu dem alten Lenin-Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ auch den Lebensmittelkontrolleuren selbst mehr auf die Finger schauen will. Die Kontrolleure sollen künftig nicht immer die gleichen Betriebe kontrollieren, sondern im Land rotieren. Doch wenn Hecken von zu großer Nähe zwischen Kontrolleuren und kontrollierten Betrieben spricht, muss er über Erkenntnisse verfügen, die einen solchen Filzverdacht, denn nichts anderes ist das, belegen. Das hat der Minister bisher nicht getan, muss das aber dringend nachholen. Denn es geht nicht nur um den guten Ruf der 34 Kontrolleure, sondern vor allem um die Sicherheit der Verbraucher. Wobei dem Verbraucher noch mehr geholfen ist, wenn endlich auch die Namen der Betriebe, bei denen die Kontrolleure verdorbene Ware entdecken, genannt werden.

Da ein Verbraucherinformationsgesetz immer noch fehlt, hat die Freiheit der Geschäftsausübung leider weiter Vorrang vor der Gesundheit des Verbrauchers.

„Einen konkreten Zeitplan haben wir hier noch nicht“, erläutert Ministeriumssprecher Stephan Kolling. „Wir bräuchten dazu eine Ermächtigung des Landtags“. In der CDU-Mehrheitsfraktion habe man sich mit diesem konkreten Thema noch nicht beschäftigt, so Pressesprecher Markus Frank. Fraktionschef Peter Hans sagt: „Selbst bei einer Vervielfachung der Kontrollen und der Zahl der Kontrolleure könnten immer nur Stichproben durchgeführt werden.“